



Jahresrückblick attac-bern vom 7. Juni 2002

Keine Lizenz zum Plündern! - Für eine gerechte Wirtschaftsordnung • attac entstand aus den Mobilisierungen gegen das MAI, das multilaterale Abkommen über Investitionen. Dieses Abkommen hätte eine „Lizenz zum Plündern“ für die grossen Konzerne der Industriestaaten bedeutet. Damals gelang es verschiedenen AktivistInnen und Gruppen aus allen Kontinenten dieses Abkommen vorerst zu verhindern. Sie forderten bereits damals eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung und nachhaltige Entwicklung für die armen Länder. Die darauffolgenden WTO-Vereinbarungen folgten aber weiterhin der Richtung, die das MAI angezeigt hatte: Globalisierung im Dienste der Reichen. Seit Seattle konnten sich die globalisierungskritischen Bewegungen vermehrt Gehör verschaffen. Als Teil dieser Bewegung versteht sich auch attac bern. attac beteiligte sich mit der Erklärung von Bern, dem GBI und anderen Gewerkschaften an der Kampagne „Gegen den weltweiten Ausverkauf des Service Public“. Wir forderten vom Bundesrat, in den Verhandlungen zum GATS, dem WTO-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, die Anliegen der Entwicklungsländer und der unteren Schichten in Europa zu berücksichtigen. Im Juni veranstalteten wir einen Abend zu diesem Thema und streuten unsere Postkarten. Im November riefen wir in Bern zusammen mit der Anti-WTO-Koordination und verschiedenen Organisationen zu einer Demonstration auf, an der trotz schlechtem Wetter etwa 500 Menschen teilnahmen. Zwei Tage später demonstrierten in Genf 10000. Die WTO-Verhandlungen in der Wüste von Katar standen dann aber im Schatten des „Krieges gegen den Terror“. Die Anliegen der sozialen Bewegungen fanden kein Gehör. Auch nicht beim Bundesrat. Unser Einsatz muss weitergehen. Die „Lizenz zum Plündern“ hat bei vielen Kapitalisten ihren Reiz noch immer nicht verloren.

Pascal Pfister

Zusammenarbeit mit kolumbianischen Gewerkschaftsaktivisten • „Lebst du noch in Kolumbien?“ – „Ja, noch *lebe ich* in Kolumbien.“ – Während diesem kurze Wortwechsel zwischen Lis, der Moderatorin des Workshops und Carlos Olaya, einem Aktivist der kolumbianischen Gewerkschaft der Nahrungsmittelindustrie, strömten bereits viele BesucherInnen des diesjährigen „Anderen Davos“ in den ‚blauen Saal‘ des Zürcher Volkshauses. „Politische Morde im ‚Kampf gegen den Terrorismus‘: Die Rolle von Nestlé und Coca Cola in Kolumbien“, der Titel der von Attac-Bern in Zusammenarbeit mit den zwei exilkolumbianischen Gruppen GRUA (Grupo de Apoyo Suiza) und ‚Colombia Nunca Más‘ organisierten Veranstaltung stiess auf grosses Interesse. Rund 300 Personen folgten den eindrücklichen Berichten von Carlos Olaya und César Carillo, dem ehemaligen Präsidenten der kolumbianischen Erdölgewerkschaft, welcher aufgrund seiner politischen Aktivitäten nach jahrelanger Haft heute im spanischen Exil leben muss.

Die beiden Gewerkschaftsaktivisten schilderten aus erster Hand, was mit politisch aktiven Linken in Kolumbien geschieht: In Kolumbien werden oppositionelle Politiker, Gewerkschafterinnen und Menschen, die sich in sozialen Bewegungen engagieren systematisch verfolgt. Jedes Jahr werden Hunderte von politisch motivierten Morde verübt, wovon der grösster Teil von paramilitärischen Gruppierungen ausgeht. Ganz besonders betroffen von der Verfolgung durch die Paramilitärs und den Staat sind die GewerkschafterInnen. Alleine im letzten Jahr wurden 150 GewerkschaftsführerInnen umgebracht, in den letzten zehn Jahren waren es über 1'500 Menschen, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten ermordet worden sind. Die Zahl jener Menschen, die in Haft sitzen, verschwanden oder in den Untergrund abtauchen mussten ist um ein Vielfaches höher. An kaum einem anderen Ort ist Gewerkschaftsarbeit so gefährlich wie in Kolumbien.

Knapp zwei Monate später konnten wir Carlos Olaya – welcher in der Zwischenzeit in Deutschland und in der Schweiz über 50 Vorträge gehalten hatte – auch noch in Bern begrüßen. Diesmal ging es insbesondere um die Einschüchterungs- und Gewaltakte, welche Coca Cola und andere transnationale Konzerne gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern ausüben und vom kolumbianischen Staat geduldet und gedeckt werden. Coca Cola wird auf internationaler Ebene wegen Mordes an zwei Gewerkschaftsmitgliedern angeklagt und steht diesen Sommer in Florida (USA) vor Gericht. Im Umfeld dieses Prozesses wird es weltweit verschiedene Solidaritätsaktionen – für die Gewerkschaften und gegen Coca Cola – geben.

Auch in der Schweiz werden wir diesen Sommer Solidaritätsaktionen mit den Gewerkschaftsbewegungen und Protestkampagnen gegen Coca Cola mitorganisieren helfen. Die Hauptorganisatoren sind die beiden oben erwähnten Gruppen, welche vorwiegend aus ExilkolumbianerInnen bestehen. Über sie können auch neuste Informationen zu nationalen und internationalen Kampagnen eingeholt werden.

Wir sind weiterhin froh, wenn noch mehr Menschen mithelfen bei der Kampagne gegen das blutige Getränk Coca Cola! Es soll eine kreative, breite, auf Tatsachen basierende Aktionsserie geben.

Interessierte melden sich doch bitte bei Felipe gruasuiza@gmx.net

Mehr Infos zur Gewerkschaftssituation in Kolumbien findet ihr im Megaphon vom März 02 und auf unserer Attac-Bern Homepage www.local.attac.ch/berne.

Lis Füglistner

Weltsozialforum 2002 in Porto Alegre • Mehr als 50'000 Frauen und Männer aus über 130 Ländern sind zum zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre (Brasilien) zusammen gekommen, doppelt so viele wie letztes Jahr. Mit Lis Füglistner und Barbara Rimml haben dieses Jahr in der Delegation von ATTAC Schweiz auch zwei Berner Aktivistinnen teilgenommen.

Das Weltsozialforum ist eine Plattform der weltweit wachsenden Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung. Seit der erfolgreichen Blockade der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 werden alle wichtigen Treffen der multilateralen Wirtschaftsinstitutionen und „globalen Führer“ mit Massendemonstrationen und Informationsforen kritisch begleitet. Nebst diesem absolut notwendigen Widerstand, der sich in der Schweiz unter anderem in den Aktionen gegen das Weltwirtschaftsforum WEF manifestiert, ist es wichtig, alternative Gesellschaftsprojekte zu diskutieren, die zu einer gerechten, solidarischen und ökologischen Globalisierung führen. Hierfür bietet das Weltsozialforum Raum: es ist ein offenes Forum für die Diskussion von Alternativen zu Neoliberalismus und Imperialismus.

In Porto Alegre fanden solche Diskussionen in hunderten von Veranstaltungen statt, welche von verschiedensten Gruppierungen organisiert worden waren. Es herrschte ein buntes Durcheinander von Themen und Formen, von Podiumsdiskussionen mit „Persönlichkeiten“ über Seminare und Workshops bis hin zu speziellen Anlässen wie z.B. einer Friedenskonferenz oder dem Internationalen Schuldentribunal. Ausserdem wurde die Anwesenheit so vieler Organisationen für spezielle Treffen genutzt, unsere Aktivistinnen nahmen an den abendlichen Treffen der Sozialen Bewegungen teil, an welchen ein gemeinsamer Aufruf erarbeitet wurde. Dieser Aufruf „Widerstand gegen Neoliberalismus, Krieg und Militarismus: für Frieden und soziale Gerechtigkeit“, schliesst mit einer Agenda der zukünftigen Mobilisierungen, in welcher auf unsere Initiative hin auch die Kampagne gegen Coca-Cola aufgeführt ist. Wir haben uns dafür eingesetzt, weil wir in Bern mit exilierten KolumbianerInnen zusammen arbeiten (mehr Infos zu diesem Thema findet ihr im Bericht über die Zusammenarbeit mit kolumbianischen Gewerkschaftsaktivisten).

Das Weltsozialforum spielte sich jedoch nicht nur an den Veranstaltungen ab, sondern vor allem auch vorher und nachher, in den unzähligen Kontakten und Gesprächen mit Leuten verschiedener Organisationen aus der ganzen Welt. Kontakte, Austausch, Inspiration, Vernetzung – das ist es, was das Weltsozialforum ausmacht. Die Bewegung für eine gerechte Globalisierung ist dabei, eine enorme Kraft zu entwickeln. Dies vor Ort zu erfahren, in einer Atmosphäre des Festes, weit weg vom Gipfel der „globalen Führer“ mit Einschüchterung, Repression und Gewalt, liess unsere Aktivistinnen voller Motivation und Energie für neue Projekte heimkehren.

Und in Zukunft?

Das Weltsozialforum ist ein langfristiger Prozess, der eben erst begonnen hat. Was sich aus diesem Prozess entwickeln wird, steht noch völlig offen. Fest steht hingegen, dass das Weltsozialforum 2003

noch einmal in Porto Alegre stattfinden wird, für das Jahr 2004 hat eine Arbeitsgruppe aus Indien Antrag auf Durchführung gestellt. Neu finden dieses Jahr für die Vorbereitung auf Porto Alegre kontinentale Sozialforen statt: Das Europäische Sozialforum wird in Italien über die Bühne gehen, Anfang November in Florenz. Als Vorbereitung auf das Europäische Sozialforum sind Organisationen und Bewegungen aufgerufen, regionale und nationale Foren zu organisieren. In der Schweiz hat inzwischen ein erstes Treffen stattgefunden mit interessierten Organisationen aus der Deutschschweiz (hier vor allem aus dem Umfeld des Oltner Bündnisses) und der Romandie (Comité du 10 novembre, einer breiten Koalition, die letzten November die Demo gegen die WTO in Genf organisiert hat). Auch hier steht noch alles offen. Weitere Sitzungen werden stattfinden, hoffentlich mit Beteiligung zusätzlicher interessierter Gruppierungen. Und wie wäre es mit einem Berner Sozialforum? Wir bleiben jedenfalls dran!

Mehr Infos zum Weltsozialforum: www.forumsocialmundial.org.br oder auf der ATTAC Bern Homepage: www.local.attac.org/berne

Barbara Rimml

Die Schweiz und die Globalisierung - Hausaufgaben aus Porto Alegre • Peter Niggli nahm als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke am Weltsozialforum in Porto Alegre teil. Die WoZ befragte ihn zu den Hausaufgaben, die er in die Schweiz zurückbringt. Interview: Maria Roselli.

WoZ: Die Zukunft des Welthandels nach der WTO-Ministerkonferenz von Katar war eines der wichtigen Themen am Weltsozialforum. Welche Strategien zeichnen sich ab?

Peter Niggli: Am Forum wurden nicht eigentliche Strategien erarbeitet, sondern Stossrichtungen diskutiert. Katar war eine Niederlage für die Entwicklungsländer, obwohl die Industrieländer versichert hatten, die neue Verhandlungsrunde stehe ganz im Dienste der Entwicklungsländer. Darüber waren sich die Anwesenden einig.

Die Industrieländer zielen auf einen unbegrenzten Wettbewerb ...

... es geht weniger um unbegrenzten Wettbewerb als darum, den multinationalen Konzernen einen unbegrenzten Marktzugang zu allen Entwicklungsländern zu schaffen. Das versuchen die Industrieländer mit den geplanten Verhandlungen über Wettbewerb, Investitionen und öffentliches Beschaffungswesen durchzusetzen. Nächstes Jahr in Mexiko, an der 5. Ministerkonferenz der WTO, soll definitiv über Verhandlungen in diesen Bereichen entschieden werden. Die Bewegung wird alles daran setzen, die Aufnahmen dieser Verhandlungen zu vereiteln.

Geht es auch beim Investitionsabkommen um diesen unbegrenzten Marktzugang?

Heute unterliegen ausländische Investitionen in einigen Entwicklungsländern noch immer gewissen Regulierungen. Diese sollen ausgemerzt werden. Die Industrieländer wollen den multinationalen Konzernen das Recht zuschanzen, in jedem beliebigen Land Filialen zu eröffnen, die gleich behandelt werden wie alle einheimischen Unternehmen. Zudem wollen die Konzerne einen umfassenden Schutz vor Enteignung und ein Klagerecht gegen die Staaten, in denen sie sich niederlassen, und zwar nicht vor einheimischen Gerichten, sondern vor internationalen Schiedsgerichtsstellen, die gegenüber den westlichen Ländern entsprechend freundlicher urteilen würden.

Welche Folge hätte ein solches Investitionsabkommen für die Regierungen?

Es gibt vergleichbare Investitionsklauseln beispielsweise schon in der Nafta, der Freihandelszone der USA, Kanadas und Mexicos. Wozu das führen kann, zeigt ein Beispiel aus Mexiko. Eine amerikanische Firma hat eine Gemeinde eingeklagt, die einen Betrieb schloss, welcher gegen die geltenden Umweltvorschriften verstossen hatte. Vor Gericht berief sich der Konzern auf die Verletzung seiner Investitionsfreiheit, wie sie im Nafta-Abkommen festgelegt sei, und bekam Recht. Ein solches Klagerecht soll jetzt auch auf WTO-Ebene durchgesetzt werden.

Die letzte Bastion, die es noch zu knacken gilt, ist dann der Milliardenmarkt des Beschaffungswesens ...

Internationale Konzerne wünschen sich einen freien Zugang zu den Staatsaufträgen aller Länder. Eine privilegierte Behandlung einheimischer Unternehmen soll in Zukunft nicht mehr möglich sein. Für die Entwicklungsländer ist das eine problematische Sache. Ein unbegrenzter Marktzugang für ausländische Konzerne zur Erfüllung staatlicher Aufträge wird die meist schwächeren einheimischen Unternehmen aus dem Markt drängen und die Deindustrialisierung der Entwicklungsländer fördern.

Die TeilnehmerInnen des Weltsozialforums wurden aufgefordert, auf nationaler Ebene aktiv zu werden. Welche sind die Hausaufgaben für die Schweiz?

Im Vordergrund steht sicher der Versuch, die Schweizer Position bezüglich der WTO-Verhandlungen zu beeinflussen. Eine Koalition von Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Umweltvereinigungen und Hilfswerken versucht, dem Wirtschaftsministerium beizubringen, dass neue WTO-Verträge nicht mehr wie in der Vergangenheit nur auf die Wünsche der Economiesuisse abstellen können. Im weiteren arbeiten wir darauf hin, dass sich die Schweiz im Rahmen des Erdgipfels Rio+10, der Ende August in Johannesburg stattfinden wird, aktiv für eine internationale Wasserkonvention einsetzt. Damit könnte die fortschreitende Privatisierung und Monopolisierung der Wasserversorgung durch internationale Konzerne gestoppt werden.

Ein weiteres Thema war die Entschuldung. Was müsste hier gemacht werden?

Wir arbeiten daran, dass sich die Schweiz für eine weitere Stufe der multilateralen Entschuldung einsetzt, die tiefer geht und mehr Länder einbezieht, als dies bei der gegenwärtigen Entschuldungsinitiative des IWF und der Weltbank der Fall ist.

Es ist zudem erfreulich, wie oft in Porto Alegre das Thema Steueroasen aufgegriffen wurde. Auch hier ist die Schweiz direkt betroffen, weil sie die Steuerhinterziehung noch immer nicht als strafrechtliches Delikt anerkannt und somit ausländische Steuerhinterzieher, die ihr Kapital in die Schweiz bringen, vor Strafverfolgungen sicher sind. Sie steht deswegen unter grossem internationalem Druck. Wir wollen dies innenpolitisch so thematisieren, dass schliesslich Mehrheiten für eine Änderung dieser Politik gefunden werden können. Eine andere Welt ist möglich. Dies gilt auch für die Schweiz.

WoZ Nr. 6 vom 7. Februar 2002

Kapital besteuern - Die gerechte Wirtschaftsordnung fängt in der Schweiz

an • Niemand zahlt gern Steuern. Die Rechten nutzen diesen Umstand, die gesellschaftliche Solidarität zu untergraben, die ohne Steuern nicht auskommt. Wenn die Reichen die Wirtschaft auf ihre Profilkriterien ausrichten, dann korrigiert der Umverteilungsstaat wenigstens teilweise. Den Rechten und Reichen geht selbst dies zu weit und deshalb fördern sie das Steuerdumping auf internationaler und kantonaler Ebene. Die Folge davon ist, dass grosse Unternehmen und Kapital steuerlich entlastet werden, während einfache Bürger immer grössere Teile der Steuerlast auferlegt bekommen. Progressive Steuern werden gekürzt, indirekte Kopfsteuern steigen an. Die Kapitalgewinnsteuer, welche im Herbst zur Abstimmung kam, hätte diese Logik umgekehrt. Wir haben uns mit einer Veranstaltung und schon früher mit der Sammlung von Unterschriften für dieses Anliegen eingesetzt. Die Abstimmung ging verloren, doch das Thema der Steuern bleibt enorm wichtig. Wir haben deshalb verschiedene Tagungen zum Thema besucht. Auch zur Frage der Steuerflucht im internationalen Rahmen und zur Tobin Tax. Es gibt einige gute Ansätze und einige Menschen hier in der Schweiz, die an diesen Themen arbeiten. Aber es gibt noch viel zu tun. Wir bleiben dran.

Pascal Pfister

Perspektiven nach Davos

• Im Rahmen der Mobilisierung gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos fand in Bern eine Veranstaltungsreihe statt, auf deren Programm zwischen November 2001 und Februar 2002 über zwanzig Veranstaltungen standen. Der Name „Perspektiven nach Davos – Neoliberale Weltordnung: Auswirkungen & Alternativen“ sollte signalisieren, dass im Rahmen des WEF nicht nur protestiert wird, sondern auch eine Reflektion und intensive Diskussion in den globalisierungskritischen Gruppierungen in Gang ist.

Die Idee war eine vielfältige Mobilisierung und Auseinandersetzung mit dem Thema der Globalisierung, der Repression im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsforum und nach Genua, dem neuen Krieg in Afghanistan und Palästina, etc.. Die Art der Veranstaltungen reichten von Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Informationsveranstaltungen über Demonstrationen, Mahnwachen, Filme, Konzerte und Solibars.

Ursprünglich vorgesehen war eine gemeinsame Organisation der Veranstaltungsreihe der Anti-WTO-Koordination Bern, attac Bern und der Fachstelle Oekumene Mission und Entwicklungszusammenarbeit (OeME). Genauso facettenreich wie die Veranstaltungsreihe hat sich diese Zusammenarbeit von drei ziemlich unterschiedlichen Organisationen gestaltet und war für alle Beteiligten sehr interessant.

Dies nahm jedoch ein abruptes Ende bevor die Veranstaltungsreihe überhaupt beginnen konnte. Der Synodalrat der reformierten Kirchen Bern-Jura (oberste Instanz) verpasste der Fachstelle OeME nach der Pressekonferenz anlässlich der ersten Veranstaltung von „Perspektiven nach Davos“ einen Maulkorb und verbot ihr mit sofortiger Wirkung diese Zusammenarbeit. Fünf Stunden bevor Matthias Hui (OeME) bei der Podiumsdiskussion und Eröffnungsveranstaltung „Dialog mit dem WEF?

Alternativen!“ die Diskussionsleitung übernehmen sollte, kam vom Synodalrat die Weisung, dass er dort nicht auftreten dürfe, auch nicht als Privatperson. Grund für diese vorschnelle Reaktion von Seiten des Synodalrates (siehe Der Bund vom 1. November 2001; S. 25) war die Aussage von Matthias Hui, dass der Dialog mit dem WEF als sinnlos sei (siehe Der Bund vom 26. Oktober 2001; S. 29). Der Synodalrat distanzierte sich von dieser Aussage und erklärt in einem Communiqué, dass „in einer Kirche, die sich durch Offenheit und Dialogfähigkeit auszeichne, nicht hingenommen werden könne, dass einzelne ihrer Stellen den Dialog verweigern oder indirekt sogar zur Dialogverweigerung aufrufen. Auftrag der Kirche und ihrer Dienste sei es viel mehr, den Dialog zu fördern und Offenheit für Personen und Ideen zu schaffen“. Es handelte sich jedoch keineswegs um eine differenzierte Begründung und die Reaktion des Synodalrates stand stark im Widerspruch mit dem Ziel dieser Podiumsdiskussion, den Sinn und Unsinn des Dialogs mit dem WEF zu beleuchten. Zudem wurde von Seiten des Synodalrates keinen Dialog mit den anderen zwei veranstaltenden Organisationen gesucht. Die Reaktion des Synodalrates löste eine Flut von Leserbriefen aus. Viele von ihnen stammten von Leuten aus dem Kreise der reformierten Kirche, welche sich über das Verhalten des Synodalrates empörten. Es wurde eine Petition zur Aufhebung des Maulkorbes gestartet, welche viele Unterschriften einbrachte. Die Anti-WTO-Koordination und attac Bern verlangten vom Synodalrat eine Stellungnahme. Darauf geantwortet wurde am 19. Dezember mit einem Schreiben, in welchem der Grund für das Verbot vor allem auf das zu eigenständige Engagement von Matthias Hui abgeschoben wurde, welcher sich „öffentlich exponiert hätte, ohne dass es zuvor eine ausreichende interne (innerkirchliche) Auseinandersetzung und Meinungsbildung gegeben hätte“. Dabei wurde jedoch die weitere Zusammenarbeit der Fachstelle OeME mit attac und der Anti-WTO-Koordination Bern nicht ausgeschlossen, unter der Bedingung dass sie die Vorstellungen der Kirche bzw. der kirchlichen Hilfswerke vertrete (mit Betonung der strikten Gewaltlosigkeit). Es fand daraufhin eine Sitzung mit vier VertreterInnen von „Perspektiven nach Davos“ und Elisabeth Bäuml, Mitglied des Synodalrates, statt. Sie erklärte sich einverstanden, die von Seiten der Anti-WTO-Koordination und attac Bern gestellten Forderungen dem Synodalrat zu überbringen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Forderung, dass eine erneute Zusammenarbeit mit der Fachstelle OeMe im nächsten Jahr wieder möglich wird und dass sich der Synodalrat in diesem Zusammenhang mit der Frage beschäftigt, welche Rahmenbedingungen er für diese Zusammenarbeit stellt, bzw. welche Haltung er gegenüber dem WEF vertritt. Eine Antwort steht noch aus.

Diese Auseinandersetzung mit der Kirche hat unserer Bewegung keineswegs geschadet, im Gegenteil konnte der Öffentlichkeit umso besser signalisiert werden, dass es sich bei den globalisierungskritischen Gruppen um eine sehr breite Bewegung handelt, welche keineswegs ihre Exponenten nur im sogenannten gewaltbereiten schwarzen Block finden. Ausserdem zeigte sich die OeMe-Kommission der Stadt Bern an einer Zusammenarbeit sehr interessiert.

Trotz diesem bedauerlichen Zwischenfall war die Veranstaltungsreihe ein grosser Erfolg. Durchschnittlich konnten ca. 40 Personen pro Veranstaltung gezählt werden, sowohl den Medien, wie auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung waren die „Perspektiven nach Davos“ ein Begriff. Die Finanzierung wurde anhand von Kollekten, hauptsächlich aber mit der „Tour de Lorraine“ (Konzerte und DJ's in fünf Lokalen der Stadt Bern zugunsten von „Perspektiven nach Davos“) ermöglicht.

Marianne Aeberhard



Oltner Bündnis • attac bern ist neben einer Vielzahl von Organisationen, Bewegungen, NGO's und Gruppierungen Mitglied des Oltner Bündnisses. Begonnen haben die regelmässigen Treffen in den Konferenzsälen des Bahnhofs Olten vor ca. zwei Jahren mit der Absicht, den Widerstand gegen das WEF zu bündeln und eine nationale Vernetzung zu erreichen. Tatsächlich bestand die schnell wachsende TeilnehmerInnengruppe v.a. aus Delegierten aus deutschschweizer Organisationen, darunter die EvB, die Thebe, die Anti-WTO-Koordination, Attac, die Juso, die PdA, die Grünen, der

Revolutionäre Aufbau, etc. Neben dem Informationsaustausch über die lokalen Aktivitäten der einzelnen Gruppierungen war das Ziel des Bündnisses, die Demonstration in Davos zu organisieren und dazu eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten. Dies wurde aufgrund der grossen Diversität von Ideologien und politischen Hintergründen der verschiedenen Gruppierungen eine grosse Herausforderung. Vor allem hinsichtlich der Gewaltfrage bestanden unzählige Definitionen und Positionen. Ein Kompromiss konnte dadurch erreicht werden, indem das Oltner Bündnis als Personenbündnis und nicht als Organisationenbündnis deklariert wurde. Dieses Bündnis erschien auch in den Medien als neuer Ansprechpartner von Peter Arbenz und den Bündner Behörden. Das Demonstrationsgesuch wurde zwar nicht vom Oltner Bündnis per se eingereicht, jedoch in diesem Kreis formuliert und daraus Unterzeichnende rekrutiert. Als erste Veranstaltung organisierte das Oltner Bündnis Anfangs Februar 2002 eine Podiumsdiskussion in Davos, zum gleichen Zeitpunkt, an dem ursprünglich die Demonstration hätte stattfinden sollen. Damit sollten der einheimischen Bevölkerung die Motive und Anliegen der Mitglieder der globalisierungskritischen Bewegung näher gebracht werden, u.a. auch um eine Vertrauensbasis zu schaffen. Leider erschienen nur wenig Bürger von Davos an der Veranstaltung. Es entstand jedoch eine angeregte und positive Diskussion mit lokalen Politikern. Attac bern war auf dem Podium in Davos vertreten.

Von attac bern nahmen an sämtlichen Treffen des Oltner Bündnisses zwei bis drei Delegierte teil. Dies führte zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen und zu vermehrtem Informationsaustausch. So können die Aktionen besser koordiniert und gegenseitige Unterstützung gewährleistet werden.

Marianne Aeberhard